



Niederschrift

Sitzung Kulturausschuss

4. November 2025, 16:30 Uhr

öffentlich (bis 17:36 Uhr)

Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz

Vorsitz: Bürgermeister Dr. Albert Käuflein

Teilnehmende und Entschuldigte siehe Anwesenheitsliste

Protokoll: Claudia Lahn

TOP 1: Anpassung der Benutzungsordnung und Festlegung neuer Entgelte der Stadtbibliothek im Kontext neuer Services (Vorlage: 2024/1087) Beschluss: vorberaten ohne Änderungen

- Stadträtin Dr. Susanne Heynen (GRÜNE) sagt, es sei immer schmerzhaft Entgelt-Erhöhlungen zuzustimmen. Es sei in diesem Fall aber nachvollziehbar. Sie lobt die Arbeit der Stadtbibliothek, insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Bücherabgabe, persönliche Beratung.
- Stadträtin Anne-Kathrin Berghoff (Die Linke) erkundigt sich, ob man darüber nachgedacht habe, das Entgelt für Ermäßigungsberechtigte eventuell nicht zu erhöhen, sondern es über die Verzugszahlung zu kompensieren.
- Jochen Schulz (Kulturamt, Allgemeine Verwaltung/Zentrale Dienste) erläutert, dass das Problem darin bestand, dass in den letzten ein bis zwei Jahren die Planansätze nicht mehr erreicht wurden, insbesondere durch den Rückgang der Verzugsentgelte. Es wurde überlegt, in welcher Form die Entgelte erhöht werden können. Dafür habe man auch den Vergleich mit anderen Bibliotheken herangezogen. Ziel sei gewesen, jede Gruppe mit einzubeziehen. Die Verwaltung schlägt vor, als soziale Komponente einen Anreiz zu schaffen, indem die kostenfreien Jugendlichen auf 21 Jahre erhöht werden.

TOP 2: Änderung der Richtlinien der Stadt Karlsruhe für die Gewährung von Zuschüssen zur Förderung des Chorgesangs und der Vereinsmusik (Vorlage: 2025/0879) Beschluss: verwiesen in den Gemeinderat (Beratungen zum DHH 2026/27)

- Stadträtin Dr. Rahsan Dogan (CDU) sagt, das Thema gehöre in die Beratungen zum Doppelhaushalt 2026/27, da es um eine von der Verwaltung vorgeschlagene Kürzungsmaßnahme im Doppelhaushalt gehe.
- Susanne Ablaß (Kulturbüro) erläutert, dass die Richtlinien zum 1. Januar in Kraft treten sollten und die nächste Kulturausschuss-Sitzung erst am 27. März 2026 sei. Die Verwaltung gehe momentan von 8,7 Prozent Kürzung für den Gesamtansatz der institutionellen Förderung aus. Diese 8,7 Prozent würden per se die Vereine aber erst einmal noch gar nicht so stark treffen, weil es ein Gesamtbudget sei und jeder Verein im Grunde zunächst nur kleine Beträge abrufe. In der Vorlage sei auch dargestellt, dass der Grundzuschuss von 512 auf 600 Euro erhöht werde und dass mit Sonderzuschüssen anders umgegangen werde. Es sei im Grunde eine Ausdifferenzierung und eine extreme

Vereinfachung. Es sei momentan ein sehr hoher Aufwand, diese Richtlinien umzusetzen, beziehungsweise die Sonderzuschüsse am Ende des Jahres auszuzahlen. Viele bekämen auch nichts mehr, weil das Budget aufgebraucht sei. Die vorliegende Vereinfachung schaffe Klarheit und ermögliche einen Beschluss zum 1. Januar 2026.

- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein ergänzt, dass in Einzelfällen Beschlüsse vor den Haushaltsberatungen erforderlich seien, damit sie zum 1. Januar in Kraft treten können. Das gebe es auch in anderen Bereichen. Er verstehe aber das Bedürfnis, wenn die Stadträtinnen und Stadträte über Geld quasi „en bloc“ bei den Haushaltsberatungen entscheiden möchten.
- Stadtrat Kiên Nguyen (Vlt) befürwortet eine Vereinfachung der Richtlinien und erkundigt sich, ob im Jahr 2025 noch Budget übrig bleibe und warum dann ab 2026 die Mietkostenzuschüsse und Jubiläumszuschüsse entfallen, wenn das gar nicht notwendig wäre.
- Susanne Ablaß erläutert, dass die Verwaltung aktuell von einer Kürzung des Gesamtansatzes (113.000 Euro) um 8,7 Prozent ausgehe, wie bei der institutionellen Förderung. Die Vereinfachung in Form des Wegfalls der Mietkostenzuschüsse und der Sonderzuschüsse würde im Jubiläumsfall noch einmal eine Ersparnis von circa 20.000 Euro bringen, die natürlich dem gesamten Kulturhaushalt zu Gute kommen würde. Sie erläutert weiter, dass die Mietkosten aktuell für die Vereine sehr unterschiedlich seien. Vereine, die einen städtischen Raum anmieten, bekommen aktuell den vollen Mietkostenzuschuss und Vereine, die einen privaten Raum anmieten, bekommen nur 350 Euro im Jahr. Das sei eine große Diskrepanz. Daher habe man das Ziel, eine Vereinheitlichung zu schaffen.
- Stadträtin Annette Böttinger (FDP) ist nicht einverstanden, wenn den Kulturschaffenden neben einer Kürzung in Höhe von 8,7% auch die Räume genommen werden. Für sie gehöre das Thema ebenfalls in die Haushaltsberatungen.
- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein versteht das Bedürfnis, dass Finanzielles „en bloc“ bei den Haushaltsberatungen abgestimmt werden solle. Dann sei das Mittel der Wahl für den Gemeinderat, einen entsprechenden Haushalts-Antrag zu stellen. Dies bedeute aber auch, dass die Richtlinien nicht zum 1. Januar in Kraft treten werden. Beides müsse gegeneinander abgewogen werden.
- Susanne Ablaß antwortet, dass die Vereine ihre angemieteten Räume weiterhin nutzen können. Die Vereine müssten eventuell ihre Mitgliederbeiträge um einen kleinen Prozentsatz erhöhen, damit die Mietkosten selbst aufgebracht werden können. Die Vereine, die momentan sowieso nur 350 Euro vom Kulturbüro bekommen, substituieren diese Differenz, auch wenn sie in Privaträumen seien, da diese Räume in der Regel teurer seien. Früher sei die Nutzung der Räume per Interner Leistungsverrechnung (ILV) abgerechnet worden. Dies wurde umgestellt und seitdem fließe „Echtgeld“. Es sei ein Unterschied, ob ein großer Verein 350 Euro für eine ganzjährige Raumnutzung bekomme oder die komplette Miete für das Jahr. Es sei das Ansinnen des Kulturbüros, dies zu vereinfachen.
- Stadträtin Elke Ernemann (SPD) sieht keinen Zeitdruck darin, ob die Richtlinien zum 1.1.26 oder beispielsweise zum 1.4.26 in Kraft treten. Sie fragt nach einer Aufschlüsselung, wen die Änderung betrifft.
- Susanne Ablaß erklärt, dass von der Änderung 85 Vereine und Chöre betroffen seien. Sie sagt eine Aufschlüsselung innerhalb der nächsten Tage zu. Sie führt aus, dass die Förderabläufe momentan sehr kompliziert seien. Die Vereine und Chöre müssten Mitglied in einem Verband sein. Sie stellen den Antrag beim Verband, der Verband bestätige die Mitgliedschaft und dann komme der Antrag in Papierform zum Kulturamt und wird von dort bewilligt.

- Stadträtin Dr. Susanne Heynen (GRÜNE) fragt nach den Konsequenzen, wenn die Richtlinien jetzt noch nicht beschlossen würden.
- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein antwortet, dass dann der erforderliche Sparbetrag im Kultur-Etat nicht erbracht werde.
- Stadträtin Jorinda Fahringer (GRÜNE) fragt, ob es sich um einen Jahreszuschuss handelt, oder ob die Zuschüsse monatlich ausbezahlt werden.
- Susanne Ablaß (Kulturbüro) antwortet, dass es ein Jahreszuschuss sei. Die Vereine würden dann informiert werden, dass sie Anfang des Jahres noch keine Anträge stellen können.
- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein fasst als Ergebnis der Diskussion zusammen, dass der Kulturausschuss empfiehlt, das Thema in die Haushaltsberatungen zu verschieben.

TOP 3: Konzept zur Bespielung der Seebühne (Vorlage: 2024/0884/3)
Beschluss: vorberaten ohne Änderungen

- Prof. Dr. Mathias Reinschmidt (Zoo) stellt anhand einer Präsentation das Konzept vor.
- Stadträtin Elke Ernemann (SPD) sagt, die Vorstellung entspreche genau dem, was man sich gewünscht habe. Dies sei auch das Ziel gewesen, als man 2024 den ersten Antrag gestellt habe. Sie betont, dass Beharrlichkeit sich hier auszahle. Sie hebt hervor, dass Prof. Dr. Reinschmidt im positiven Sinne ein Türöffner sei und mit großem Engagement ein ansprechendes Programm entwickelt habe. Sie begrüßt die geplante Evaluation nach einem oder zwei Jahren.
- Stadtrat Tilman Pfannkuch (CDU) erklärt, eine gute Idee bleibe eine gute Idee, unabhängig davon, wer sie eingebracht habe oder wie viele sie unterstützten. Er nehme wahr, dass trotz schwieriger Zeiten gute Ideen hier auf eine Verwaltungsgruppe getroffen seien, die mit Idealismus und Freude an eine Sache herangehe. Dadurch könnten Projekte gelingen, die zuvor kaum realisierbar erschienen seien. Dafür dankt er ausdrücklich.
- Stadträtin Jorinda Fahringer (GRÜNE) bedankt sich für Vorlage und Präsentation. Das Konzept lese sich optimistisch und sei auch so vorgetragen worden. Man freue sich auf einen Zwischenbericht nach einem Jahr. Sie hebt die Vielfalt des geplanten Angebots hervor und fragt im Hinblick auf die erwähnten Gottesdienste nach, wie damit im Sinne der Religionsfreiheit umgegangen werde und ob bereits konkretere Überlegungen vorlägen. Man bleibe gespannt und unterstütze das Projekt.
- Prof. Dr. Matthias Reinschmidt (Zoo) antwortet, dass vor der Corona-Zeit regelmäßig katholische Gottesdienste auf der Seebühne stattgefunden hätten. Der Zoo sei da aber ganz offen. Konkrete Anfragen lägen noch nicht vor.
- Stadtrat Kiên Nguyen (Volt) bedankt sich ebenfalls beim Bürgermeister und den beteiligten Ämtern. Er erinnert daran, dass in früheren Beratungen von knapper Zeit und geringen Ressourcen die Rede gewesen sei. Vor diesem Hintergrund bewertet er es als sehr positiv, dass nun ein ausgereiftes Konzept vorliege. Es wirke abwechslungsreich und biete etwas für alle Bevölkerungsgruppen. Er lobt die geplante Evaluation sowie die pragmatische Nutzung vorhandener Abläufe für Reinigung und Instandhaltung, um Kosten gering zu halten. Alles wirke durchdacht und praxisnah.
- Stadträtin Annette Böringer (FDP) erklärt, sie freue sich sehr, dass die Seebühne künftig nutzbar gemacht werde. Sie erinnert daran, dass Prof. Dr. Reinschmidt im Juli im Kulturausschuss angekündigt habe, sich kümmern zu wollen und bereits erste Vorstellungen gehabt habe. Nun liege ein konkretes Konzept vor, was sie als bemerkenswert bewertet. Sie erwähnt, dass auch Frau Dr. Fath an früheren Beratungen teilgenommen habe und angesichts der personellen Situation ihres Amts zunächst

Bedenken geäußert habe. Die Vorlage zeige jedoch, dass technische Grundausstattung bereitgestellt werde. Sie wolle es daher nicht versäumen, auch Frau Dr. Fath ausdrücklich für ihre Bereitschaft zu danken, trotz schwieriger Rahmenbedingungen ihren Beitrag zu leisten.

- Stadtrat Oliver Schnell (AfD) dankt für den Vortrag und bezeichnet das Ergebnis als bemerkenswert. Er erinnert an die ursprüngliche städtische Kostenschätzung von rund 120.000 Euro. Es sei erfreulich, dass nun mit deutlich geringeren Mitteln ein brauchbares Ergebnis erzielt werden konnte.
- Stadträtin Anne-Kathrin Berghoff (Die Linke) stimmt den Vorrednerinnen und Vorrednern zu. Mit Blick auf den vorherigen Tagesordnungspunkt zu den Richtlinien zur Förderung von Vereinsmusik und Chorgesang fragt sie, ob es möglich wäre, dass in den wärmeren Monaten Chöre die Seebühne kostenfrei für Proben nutzen könnten.
- Prof. Dr. Reinschmidt sagt dies zu.

TOP 4: Schule und Kultur 2025/2026 (Vorlage: 2025/0878)

Beschluss: Kenntnisnahme

- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein führt aus, dass es sich um ein wiederkehrendes Thema handele. Früher hätten für das Projekt „Schule und Kultur“ 140.000 Euro zur Verfügung gestanden, nach den Kürzungen in Verbindung mit der haushaltswirtschaftlichen Sperre seien es nur noch 120.000 Euro. Insgesamt habe es Anträge über 169.000 Euro gegeben, sodass nicht alle hätten berücksichtigt werden können. Das Projektbudget selbst sei kein Bestandteil der Vorlage, sondern werde Thema der Haushaltsberatungen sein. Er verweist auf seinen Vorschlag, institutionelle Förderung weniger stark zu kürzen als Projektförderung. Heute gehe es zunächst um die Kenntnisnahme des vorliegenden Berichts.
- Stadträtin Jorinda Fahringer (GRÜNE) fragt, weshalb ein als erfolgreich dargestelltes Projekt zur Kürzung vorgeschlagen werde. Sie wisse, dass aufgrund des Genehmigungsaktes zum Haushalt Einsparungen nötig seien, dennoch stelle sich die Frage nach Alternativen. Sie erkundigt sich, ob eine teilweise Fortführung möglich sei. Sie fragt, ab welcher Budgethöhe das Projekt aus Sicht der Verwaltung überhaupt noch sinnvoll sei. Zudem äußert sie Sorge darüber, dass mit einer Unterbrechung laufender Projekte die beteiligten Schulen stark belastet würden, während am Ende der Gemeinderat als Verursacher wahrgenommen werde. Weiter fragt sie nach der Zukunftsvision: Wie lasse sich das Projekt perspektivisch in den Ganztag integrieren? Sie weist darauf hin, dass Kulturschaffende mehrfach von Kürzungen betroffen seien, sowohl durch die Projektförderung als auch durch Einschnitte an anderer Stelle wie der Schulsozialarbeit.
- Susanne Ablaß (Kulturbüro) erklärt, die Projektförderung sei als Gesamtbudget betrachtet worden, daher sei auch „Schule und Kultur“ in den Sparvorschlag eingeflossen. Das Projekt sei außerordentlich erfolgreich, die Jury sei fachlich breit besetzt und arbeite qualitätsorientiert. Eine sinnvolle Jurierung sei jedoch nur möglich, wenn das verfügbare Budget eine Mindesthöhe habe. Intuitiv würde sie sagen, dass unter 80.000 Euro kein sinnvoller Umfang mehr gegeben sei, da ansonsten zu wenige Kinder erreicht würden. Eine Kompensationsmöglichkeit bestehe im Kulturbüro derzeit nicht. Das Projekt sei bewusst nicht Teil der Ganztagsbetreuung, da deren Anforderungen, insbesondere Verlässlichkeit und kontinuierliche Personalabdeckung,

nicht mit Einzelpersonen-Projekten der Kulturschaffenden vereinbar seien. Angebote seien daher weiterhin auf die Kernzeiten ausgerichtet.

- Bürgermeister Dr. Käuflein bestätigt, dass das Projekt erfolgreich sei und er den Kürzungsvorschlag nur schweren Herzens mache. Dennoch trage er für den Vorschlag Verantwortung. Es gehe nicht darum, Projekte „loszuwerden“, sondern darum, die Einsparvorgaben umzusetzen. Er könne keine Alternativen anbieten, da es im Dezernat keine ausreichenden Umschichtungsmöglichkeiten gebe. Er erkenne die Härte für Kulturschaffende an, halte es aber für plausibel, die institutionelle Förderung weniger stark zu kürzen als die Projektmittel. Für Kulturschaffende seien einzelne Projektmittel zwar wichtige Beträge, doch die Folgen stärkerer Kürzungen für Institutionen wären gravierender. Diese Abwägung liege seinem Vorschlag zugrunde.
- Stadträtin Elke Ernemann (SPD) fragt zur Antragsliste, warum die beantragten Summen in diesem Jahr deutlich höher seien als in den Vorjahren. Sie vermutet einen Zusammenhang mit dem Herrenberg-Urteil zum Mindestlohn für Kulturschaffende. Sie nennt Beispiele ungewöhnlich hoher Antragssummen und regt an, ob eine teilweise Bewilligung möglich sei, um mehr Antragsteller*innen berücksichtigen zu können. Außerdem fragt sie, weshalb manche Anträge abgelehnt würden, während andere nahezu identische Projekte gefördert würden. Sie wünsche sich nachvollziehbare Begründungen, da die Entscheidungen für Vereine und Schulen von großer Bedeutung seien.
- Susanne Ablaß (Kulturbüro) erläutert, dass die Jury nach klaren Richtlinien arbeite. Anträge dürften schulische Aufgaben nicht doppeln, Schulen müssten bei wiederholten Projekten Drittmittel einbringen, Projekte dürften nicht jährlich in gleicher Form eingereicht werden. Zudem würden vorhandene Besonderheiten in den Schulen, etwa Brennöfen oder Werkstätten, berücksichtigt. Zur Erhöhung der Antragssummen erklärt sie, dass sowohl das Herrenberg-Urteil als auch Empfehlungen des Deutschen Kulturrats zu höheren Honorarsätzen geführt hätten. Außerdem sei das gesamte Verfahren überarbeitet worden: Es gebe nun Kurz-, Halbjahres- und Ganzjahresprojekte sowie standardisierte Pauschalen für Ausstattung und Verwaltung. Das führe zu realistischeren, aber höheren Summen. „Schule und Kultur“ sei weiterhin als Vollfinanzierung angelegt, weil Projekte sonst nicht durchführbar seien. Sie verweist zudem auf die neue Möglichkeit, ein Leuchtturmprojekt einzureichen.
- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein ergänzt, dass die Frage nach Teilbewilligungen bereits an ihn herangetragen worden sei. Die Verwaltung habe aber bewusst davon abgesehen, da reduzierte Förderbeträge meist zu Selbstausbeutung führten und Projekte dann nicht in angemessener Qualität durchgeführt werden könnten. Er weist darauf hin, dass Gemeinderatsmitglieder jederzeit an Jursitzungen teilnehmen könnten, auch wenn dies bisher nicht genutzt worden sei.
- Stadträtin Dr. Rahsan Dogan (CDU) sagt, angesichts der hohen Nachfrage und der großen Bedeutung des Projekts für die kulturelle Bildung schmerze der Gedanke einer Streichung besonders, doch werde man dies in den Haushaltsberatungen weiter diskutieren. Für den heutigen Tagesordnungspunkt wolle sie wissen, was mit dem zweiten Halbjahr des Schuljahres 2025/26 geschehe. Die Vorlage spreche davon, dass die Förderung nur bis zum Ende des ersten Halbjahres zugesagt sei, die Projekte aber üblicherweise das gesamte Schuljahr umfassen. Sie fragt, wie mit laufenden Projekten umgegangen werde.
- Susanne Ablaß antwortet, dass die Kulturschaffenden in den Bescheiden ausdrücklich auf die Möglichkeit einer Kürzung 2026 hingewiesen worden seien. Viele genehmigte Projekte seien Halbjahresprojekte, die vollständig finanziert werden konnten. Bei

Jahresprojekten sei die erste Rate für das erste Halbjahr ausgezahlt worden; die zweite Rate für das zweite Halbjahr würde im Kürzungsfall nicht mehr ausgezahlt. Die Kulturschaffenden würden dann informiert, dass das Projekt abgebrochen werden müsse.

- Stadtrat Oliver Schnell (AfD) sagt, der Gemeinderat habe die Möglichkeit, im Rahmen der Haushaltsberatungen eigene Anträge zu stellen und Umschichtungen vorzunehmen, auch außerhalb des Kulturbereichs.
- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein betont, dass die Sparvorgaben sich auf alle Ämter verteilen und anders als früher kaum Spielraum für interne Umschichtungen bestehe. Die Kürzung sei anteilig an die Kostenstrukturen der fünf Ämter seines Dezernats weitergegeben worden. Das Kulturamt müsse auch seinen Anteil erbringen. Andere Verteilungen wären denkbar, müssten aber durch Änderungs- oder Ergänzungsanträge des Gemeinderats eingebracht werden. Er werbe dennoch für seinen Vorschlag, da er diesen trotz aller Härten für plausibel halte.

**TOP 5: Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats der ECCAR zum RT ARAD-Prozess
 (Vorlage: 2025/0956)
 Beschluss: Kenntnisnahme**

- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein erklärt, dass die Stadt Karlsruhe Mitglied bei der „European Coalition of Cities against Racism“, abgekürzt ECCAR, sei. Von dort sei nun der RT ARAD-Prozess bewertet worden. RT ARAD stehe als Abkürzung für „Runder Tisch Antirassismus und Antidiskriminierung“.
- Dr. Dominika Szope (Kulturamt) erklärt, dass das Kulturamt nicht verpflichtet sei, regelmäßig zu berichten, dies jedoch freiwillig geschehe. Das Feedback sei sehr positiv ausgefallen. Sie betont, dass der RT ARAD-Prozess ein beispielhaftes Verfahren sei, das „von unten nach oben“ arbeite und die Zivilgesellschaft einbeziehe, anstatt Verwaltungsaufgaben aufzuerlegen. Sie erläutert, dass eine operative Einheit notwendig sei, um die geplanten Maßnahmen aus dem Positionspapier „Kommunale Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit“ des RT ARAD in der Verwaltung umsetzen zu können. Eine beantragte Projektstelle zur Unterstützung sei jedoch nicht genehmigt worden. Eine externe Kollegin, die das Projekt begleitet habe, ziehe sich zum Jahresende zurück. Somit liege die Verantwortung weiterhin auf den Schultern von zwei Personen im Kulturamt. Zwei Runden des RT ARAD fanden in diesem Jahr im Mai und Oktober statt; sie seien gut besucht und das Feedback sei positiv gewesen. Für das nächste Jahr gebe es einen Plan, dessen Umsetzung aber von den personellen Ressourcen abhängen werde.
- Stadträtin Ceren Akbaba (GRÜNE) greift die Ausführungen auf und fragt, ob die operative Einheit ausreichend finanziert und personell ausgestattet sei. Sie verweist auf die Leitlinien des Berichts, insbesondere die dritte Leitlinie zur Repräsentanz, und betont, dass politische Repräsentation und Vielfalt in der Stadtgesellschaft gewährleistet sein müssten. Sie appelliert, auf politische Schiefen hinzuweisen und vielfältige Repräsentanz in Gremien zu fördern.
- Dr. Dominika Szope bedankt sich für die Rückmeldung und erklärt, dass Repräsentanz teilweise durch die Teilnahme des Oberbürgermeisters an den Runden Tischen gewährleistet sei. Sie weist darauf hin, dass die operative Einheit mehr sei als die Bereitstellung von Arbeitskraft. Sie müsse Inhalte vermitteln, moderieren und Prozesse gestalten. Das Kulturamt könne dies nicht alleine leisten. Die Runden Tische würden

vorangetrieben, jedoch sei die Umsetzung in der Verwaltung ohne eigene Einheit nur begrenzt möglich. Die eigentliche Lösung liege in der personellen und strukturellen Verankerung innerhalb der Stadtverwaltung.

- Stadtrat Kiên Nguyen (Volt) lobt die Arbeit des Kulturamts. Er hebt das Engagement für Antirassismusbearbeitung hervor und betont die Bedeutung der vielfältigen Teilnehmenden bei den Runden Tischen. Er bezeichnet das Positionspapier als umfassendes lokales Menschenrechtsdokument, das unter der UNESCO Anerkennung finde. Er unterstreicht die Notwendigkeit, die Arbeit fortzuführen, kritisiert aber mögliche Budgetkürzungen und weist auf die Herausforderung hin, die Projekte ab 2026 zu sichern.
- Dr. Dominika Szope erklärt, dass keine Visionen für alternative Finanzierungen vorlägen. Jede Entscheidung zur Fortführung der Maßnahmen habe Auswirkungen auf andere Bereiche. Eine Erhöhung des Anteils der institutionellen Förderung helfe nur begrenzt. Sie betont, dass Kürzungen unvermeidlich seien und stets negative Konsequenzen für einzelne Projekte oder Einrichtungen hätten. Die Internationalen Wochen gegen Rassismus oder die Charta der Vielfalt könnten bei fehlender Projektstelle nicht weiterentwickelt werden.
- Bürgermeister Dr. Albert Käuflein weist auf die politische Spannung hin, dass bewährte und sinnvolle Projekte trotz positiver Evaluation hinterfragt werden müssten aufgrund der aktuellen Haushaltslage.
- Stadtrat Oliver Schnell (AfD) fragt, welche Unterlagen für das positive Feedback an den Wissenschaftlichen Beirat übermittelt wurden.
- Dr. Dominika Szope (Kulturamt) erläutert, dass ein umfassendes Dokument erstellt und das Positionspapier beigefügt worden sei. Das Positionspapier sei dynamisch und werde kontinuierlich weiterentwickelt, auch wenn die Veröffentlichung aktuell eingeschränkt sei. Das Kulturamt arbeite innerhalb der vorhandenen Möglichkeiten daran, die Inhalte Schritt für Schritt umzusetzen und digital zu aktualisieren.
- Stadträtin Ceren Akbaba (GRÜNE) stellt klar, dass ihr Beitrag auf Repräsentanz ziele. Die Teilnahme des Oberbürgermeisters an den Runden Tischen habe Strahlkraft, jedoch müsse die Sichtweise von Menschen mit Migrationshintergrund stärker berücksichtigt werden. Sie verweist auf Beispiele wie den Seniorenbeirat oder Ausschüsse der Stadtverwaltung, in denen migrantische Perspektiven bisher nicht ausreichend vertreten seien, und fordert, diese Schieflagen zu korrigieren.
- Dr. Dominika Szope (Kulturamt) entschuldigt sich für das Missverständnis und erklärt, dass der Runde Tisch insgesamt vielfältig sei, jedoch nicht alle Gruppen der Stadt vollständig abdecke. Es sei wichtig, sich zu überlegen, wie diese Menschen die Stadtverwaltung finden. Die Leiterin des Personal- und Organisationsamtes sei Ansprechpartnerin für die Integration von Menschen mit ausländischen Hintergründen in die Stadtverwaltung. Dr. Dominika Szope betont, dass dies eine der größten Herausforderungen des Projekts bleibe.

TOP 6: Verschiedenes

Stadtbibliothek: Projekt Übermorgen

Bürgermeister Dr. Albert Käuflein berichtet, dass die Kulturstiftung des Bundes im Programm „Übermorgen“ insgesamt 50 Kultureinrichtungen in Großstädten auswählt, um diese bei der strategischen Weiterentwicklung zu unterstützen. Die Stadtbibliothek Karlsruhe gehöre zu diesen ausgewählten Einrichtungen und erhalte 50.000 Euro Fördermittel. Er würdigt dies als Anerkennung für die kontinuierlich hochwertige Arbeit

der Stadtbibliothek. Der Kulturausschuss werde über die anstehenden Entwicklungen, einschließlich der Planungen zur Jugendbibliothek, Neubau- bzw. Umbaumaßnahmen, informiert bleiben. Er spricht der Stadtbibliothek seinen Glückwunsch aus.

Stadtbibliothek: Projekte zur Medienbildung

Bürgermeister Dr. Albert Käuflein weist auf eine weitere Förderung hin, ebenfalls für die Stadtbibliothek. Der Deutsche Bibliotheksverband unterstütze zwei medienpädagogische Projekte für Kinder mit rund 5.000 Euro. Eines der Projekte trage den Namen „Medienzwerge“. Er lädt die Mitglieder des Ausschusses zum Abschlussfest des Projekts am 13. Dezember von 9:30 Uhr bis 12:30 Uhr in der Kinemathek ein. Eine formelle Einladung per E-Mail werde noch folgen.